

einem Eigenheim einer vierköpfigen Familie seien das bereits bei 45 dB (A) ein Wertverlust von 100.000 Euro. Bei 108 dB (A), wie am Mittelrhein zuverlässig gemessen, könne man in gleicher Situation von 250.000 Euro Wertminderung ausgehen und sich ausrechnen, was dann noch vom Haus übrig bleibt.

Es mache überhaupt keinen Sinn, so der „Pro Rheintal“-Sprecher, sich hier weiter zu verstecken, denn die Situation werde von Monat zu Monat und Jahr zu Jahr schlimmer. Aus diesen Gründen fordert Pro Rheintal die Bürger und Firmen auf, sich jetzt stärker zu engagieren und im „Pro Rheintal“-Bürgernetzwerk aktiv mitzumachen. „Wenn wir in den nächsten zwölf Monaten nicht konkrete Pläne und Zusagen auf dem Tisch haben, ist der Zug im wahrsten Sinne des Wortes abgefahren“, warnt Frank Groß.

Was die Belästigung durch Lärm und die Schäden durch Erschütterungen betrifft, so könne man beim Eisenbahn-Bundesamt, Vorgebirgsstraße 49, 53119 Bonn folgenden Antrag stellen: „Ich beantrage den wirksamen und sofortigen Schutz meiner Gesundheit und/oder meines Wohneigentums gegenüber dem unzumutbaren Bahnlärm und den Erschütterungen durch die Bahn“.

Ein entsprechendes Schreiben kann auch per Mausklick auf der „Pro Rheintal“-Webseite (www.pro-rheintal.de) aufgerufen und an das Eisenbahn-Bundesamt geschickt werden.



Immer mehr Bürger schließen sich dem Protest gegen den Bahnlärm an, weil sie den drohenden Wertverlust ihrer Häuser und die Gefahren bleibender Gesundheitsschäden nicht länger hinnehmen möchten.

Einem BGH-Urteil zufolge haben Wohnanlieger, die durch Bahnlärm wesentlich beeinträchtigt werden, vorrangigen Anspruch darauf, dass der Lärm verhindert wird, wenn die dazu notwendigen Maßnahmen wirtschaftlich zumutbar sind. Wirtschaftlich zumutbar ist laut Groß, dass die Bahn den Güterverkehr erst dann steigert, nachdem sie auch entsprechende Lärmvorsorge getroffen hat, und nicht umgekehrt. Die Strecken würden schon jetzt in zunehmendem Maße von privatwirtschaftlichen Betreibern zugunsten ihrer eigenen Interessen genutzt. Hinter diesen Interessen könne die Allgemeinheit nicht mehr länger zurückstehen, wenn es um das Wohl der Region und um Leib und Leben der Bewohner und Gäste geht.

Die Bahn müsse daher sofort langsamer fahren und nachts den Verkehr mit Uraltfahrzeugen ruhen lassen oder neue Fahrzeuge einsetzen, um unter den für die Gesundheit der Menschen zumutbaren Grenzwerten zu bleiben.

Die Politiker bei Bund und Land seien aufgefordert, ihrer Sorgfaltspflicht nachzukommen und nachhaltig gesundheitliche Schäden von den Menschen im Rheintal abzuwenden. Hier gelte der alte Grundsatz „Unwissenheit schützt vor Strafe nicht“. „Das hat nichts mit Parteipolitik zu tun, sondern hier geht es ausschließlich um die Sache und die Menschen“, sagt Groß. Politiker seien nicht nur ihrer Parteizentrale verpflichtet, sondern auch ihrem Gewissen und den Bürgern, von denen sie gewählt wurden.

Damit etwas geschehe, müssten Bürger, Unternehmen und Politiker sich jetzt im Bürgernetzwerk zusammenschließen und endlich die Orts-, Partei- und Ressortgrenzen überwinden und sich hinter die Region und deren Menschen stellen. Dafür will Pro Rheintal die notwendige Aufklärung weiter vorantreiben, durch Vorträge, Aktionen, Pressearbeit und Symposien mit Fachleuten und Wissenschaftlern. Die Zieladressen in diesem Thema liegen für Pro Rheintal in Berlin und Brüssel. „Wenn unsere Bundespolitiker einmal rechnen würden, was die derzeitige Vorgehensweise die Volkswirtschaft langfristig an Gesundheitskosten, Sozialkosten und Steuererlusten kostet, würde man unverzüglich den Lärm im Rheintal unterbinden“, resümiert Frank Groß. Dies nachzuweisen, ist eines der Ziele von Pro Rheintal.

Weitere Informationen und „Antrag an das Eisenbahn-Bundesamt“ unter www.pro-rheintal.de

Weitere Informationen: „Pro Rheintal“ Bürgernetzwerk, Frank Groß, Sprecher, Neustadt 8, 56068 Koblenz, Tel.: 0261 46028-0, Fax: 0261 46028-8, E-Mail: info@pro-rheintal.de, www.pro-rheintal.de

Was kostet uns der Bahnlärm?

Pro Rheintal fordert Bürger und Politiker auf, jetzt zu handeln

Bahnlärm ist teuer, als man denkt, sagt das Bürgernetzwerk Pro Rheintal. „Es kostet uns die Gesundheit, den Verlust von Immobilienwerten, den Zerfall ganzer Ortschaften, das Abwandern der Bevölkerung und Wirtschaft und absehbar auch den Verlust des Welterbetitels“, erläutert „Pro Rheintal“-Sprecher Frank Groß und fährt fort:

Die Politik zäume das Pferd von hinten auf, indem sie erst einmal jede Menge Lärm und Züge durch das Rheintal schickt und danach zu überlegen beginnt, wie man diesen Lärm wieder ein wenig reduzieren könne. Das Land hätte hier in den letzten 20 Jahren mitgespielt, obwohl es gegen die eigenen Interessen ging. Das Mittelrheintal zähle inzwischen zu den strukturarmen Gebieten in Deutschland, obwohl man das Potenzial habe, eine der führenden Tourismusregionen zu sein.

Die Bundesbahn sei, was den Grad der Beeinträchtigung der Menschen betreffe, derzeit einer der schlimmsten Umweltsünder in Deutschland. „Kein anderes Verkehrsmittel produziert so nahe an den Häusern derartige Lärm-, Erschütterungs-, Feinstaub- und CO₂-Belastungen wie die Bahn“, sagt Frank Groß. Für die Menschen am Mittelrhein sei das mittlerweile in hohem Maße gesundheits- und vermögensschädigend, unabhängig davon, wie stark sie sich durch Lärm- und Erschütterungen beeinträchtigt fühlen oder nicht.

Die Gesundheitsschäden durch den Lärm lägen nicht nur im Bereich des menschlichen Gehörs, sondern würden den gesamten Organismus betreffen. Vor allem Herz- und Kreislauferkrankungen, die bis zum Herzinfarkt reichen, würden durch den Ausstoß von Stresshormonen verursacht. Stress und Unbehagen, hervorgerufen durch den Lärm, würden alle Menschen im Rheintal betreffen. Erste Symptome wie Schlaflosigkeit und häufiges Aufwachen, begleitet von Konzentrations- und Sprachstörungen, nachlassendem Leistungsvermögen, psychischen Störungen, hormonellen Störungen und Tinnitus, seien die Folgen.

Darüber hinaus würden die Bürger und Unternehmen am Mittelrhein zurzeit regelrecht enteignet, weil der Wert von Grundstücken und Immobilien im gesamten Tal rückläufig sei und zunehmender Lärm in den kommenden Jahren zu einer Massenflucht und, aufgrund des Überangebots, zu einer weiteren Entwertung führen könne. Schon jetzt würden die historischen Stadtkerne mehr und mehr verkommen, weil man zum Wohnen auf die Höhen ausweichen würde. In unmittelbarer Bahnnähe seien schon jetzt manche Immobilien unverkäuflich. Deshalb sei es völlig unverständlich, wie Politiker vor dieser Situation die Augen verschließen und versuchten, mit wirkungslosen Nachbesserungen die Situation schönzufärben. „Tatsächlich beten die Politiker nur nach, was ihnen die Bahnlobbyisten und Regierungsmitglieder in Berlin, die am Börsengang der Bahn interessiert sind, vorbieten“, so Groß.

Der Bahnlärm, der von beiden Ufern ausgeht, störe mittlerweile die Bewohner bis auf die Höhen hinauf. Selbst in den angrenzenden oder zurückliegenden Seitentälern sei nachts der Bahnlärm zu hören. Entsprechend müsse man auch dort mit massiven Wertminderungen der Immobilien rechnen. Bei einem Eigenheim, so hat das Hamburger Lärmkontor errechnet, beträgt der Wertverlust pro dB (A), Bewohner und Jahr 590 Euro. Bei